

Roland Czada

Wirtschaftlicher Strukturwandel und Arbeitslosigkeit

1. Problemaufriß

Die seit Mitte der siebziger Jahre zunehmende Differenz von Arbeitslosenquoten und Beschäftigungsindizes in den OECD-Staaten hat verschiedentlich zu Ländervergleichen im Bereich der Arbeitsmarktforschung angeregt (etwa Scharpf, 1981; Schmidt, 1982, 1984; Johanesson/Schmid, 1982; Soltwedel, 1984; Therborn, 1985). Die Ergebnisse sind uneinheitlich: Während Schmidt (1982, 1984) niedrige Arbeitslosenquoten aus einer erfolgreichen Politisierung der Ökonomie erklärt, sieht Soltwedel (1984) gerade darin die Ursache einer abnehmenden Wachstumsdynamik und demzufolge einer Verschärfung von Beschäftigungsproblemen. Selbst wenn man methodische Unterschiede (Länderauswahl, Kontrastierung von Aufwand und Ertrag der Arbeitsmarktpolitik, Entwicklung von Beschäftigung anstelle von Arbeitslosenquoten) in Betracht zieht, bleiben Erklärungslücken und Verallgemeinerungsprobleme.

Arbeitslosenquoten erlauben nur unzureichende Aussagen über den Erfolg arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen. Die Konzentration auf die Beschäftigungsentwicklung wirft indes zusätzlich Probleme auf. So läßt etwa die starke Beschäftigungszunahme in den USA im Zeitraum der 70er Jahre Schmidts These, daß nur die korporatistische oder paternalistische Regulierung von Arbeitsmärkten eine Lösung von Arbeitsmarktproblemen verspreche, zweifelhaft erscheinen. Nun können unterschiedliche Beschäftigungsentwicklungen kaum sinnvoll verglichen werden, ohne die Produktivität der Beschäftigung mit zu berücksichtigen. Es ist schließlich ein Unterschied, ob 1000 zusätzlich Eingestellte mit Pickel und Schaufel ans Werk gehen oder an hochproduktiven Anlagen Beschäftigung finden. Bedeutsam ist dieser Unterschied nicht nur in ökonomischer Hinsicht: Die Voraussetzungen im System der industriellen Beziehungen sind für eine Beschäftigungsoffensive in niedrigproduktiven Bereichen anders als für eine modernisierungsorientierte Arbeitspolitik. Ebenso bedeutsam sind die sozialen Folgen. Eine beschleunigte Dispersion von Produktivitätsentwicklungen hat in den USA Visionen einer „Two-Tier-Society“ (Steinberg, 1984) hervorgerufen. Ein „Verschwinden des Mittelstandes“ (Thurrow, 1985) und die Verarmung weiter Teile der Erwerbsbevölkerung wird befürchtet, wenn nicht mit redistributiven Politiken auf der primären Verteilungsebene oder über den staatlichen Sozialsektor gegengesteuert wird.

Arbeitslosigkeit, Beschäftigungs- und Produktivitätsentwicklung stehen also in einem nicht nur ökonomisch bedeutsamen Zusammenhang. Nicht von ungefähr fällt

in die Periode zunehmender Massenarbeitslosigkeit ein von den Wirtschaftswissenschaften äußerst kontrovers bewerteter weltweiter „*productivity-slowdown*“ (Nordhaus 1982), von dem die Industrieländer allerdings in sehr unterschiedlichem Maße betroffen sind. Im theoretischen Begründungszusammenhang zeigt sich eine aufschlußreiche Parallele zwischen konkurrierenden Erklärungen von Massenarbeitslosigkeit und der Produktivitätskrise. Während beispielsweise Maddison (1980) und Tobin (1980) in wohlfahrtstaatlicher Politisierung eine Voraussetzung für gesamtwirtschaftliche Produktivitätszuwächse erkennen, sehen Bacon/Eltis (1976), Lindbeck (1974) und, mit Spezifikationen, Olson (1982) gerade in den Institutionen des Wohlfahrtsstaates die Ursache nachlassender Produktivitätsfortschritte.

Arbeitsmarktpolitik bewegt sich demnach seit Mitte der 70er Jahre im Zielkonflikt zwischen Modernisierung der Volkswirtschaft und der Aufrechterhaltung eines insgesamt hohen Beschäftigungsstandes. Wie Esser et al. (1983) am Beispiel der saarländischen Stahlkrise darlegen, vermitteln sich Interessen von Staat, Gewerkschaften und Unternehmen auf je eigentümliche Weise mit ökonomischen Anpassungszwängen. Wie Arbeitslosigkeit, Beschäftigungsstrukturwandel und Produktivitätsentwicklung zusammenhängen, erweist sich als von diesen Interessenlagen und ihrer Durchsetzungsfähigkeit abhängig.

Im folgenden soll vor diesem Hintergrund versucht werden, den international vergleichenden Ansatz zu verfeinern: 1. durch die Analyse der „trade-offs“ von Beschäftigung und industriellem Strukturwandel, 2. durch Hinzunahme politisch-institutioneller Faktoren des Systems der gesellschaftlichen Interessenvermittlung.

2. Hypothesen, Methoden

Arbeitsmarktpolitik in der Krise unterliegt dem Zielkonflikt zwischen ökonomischen Systemimperativen und politischen Legitimationserfordernissen. Im sozialdemokratischen Herrschaftsmodell der vergangenen Jahrzehnte erweist sich dieser Widerspruch noch als außerordentlich produktiv, insofern als die zugehörige Politikstrategie des Keynesianismus als *die* Synthese von wohlfahrtsstaatlichen Gleichheits- und Verteilungszielen einerseits und forcierter Wachstumspolitik andererseits angesehen werden konnte (vgl. Prszeworski, 1980). Das Scheitern keynesianischer Politik hat indes den widersprüchlichen Zusammenhang wohlfahrtsstaatlicher Politik und industriepolitischer Effizienz erneut ins Bewußtsein gerückt und an die Stelle international konvergenter Wirtschaftspolitiken die politikstrategische Divergenz der 80er Jahre gesetzt. Die mit dem Verlauf dieser Entwicklung mehr (Schweden) oder weniger (USA) verbundene Politisierung von Arbeitsmärkten wird in der Arbeitsmarktforschung unterschiedlich bewertet. Prinzipiell stehen sich drei Thesen gegenüber:

1. Der Zielkonflikt zwischen wirtschaftlicher Ökonomisierungszwängen und unmittelbarem Beschäftigungserhalt läßt sich weiterhin mit den Mitteln einer sozialdemokratisch-korporatistischen Reformpolitik lösen. Niedrige Arbeitslosigkeit ist demnach mit verstärktem industriellem Strukturwandel vereinbar (vgl. Schmidt, 1982, 1984; Scharpf, 1984).

2. Beschäftigungspolitische Intervention bewirkt eine Erstarrung von Arbeitsmärkten, behindert auf diese Weise notwendige Strukturanpassungen und ist deshalb selbst für langfristig zunehmende Arbeitsplatzverluste verantwortlich; am Ende stehen Deindustrialisierung und Massenarbeitslosigkeit (vgl. Soltwedel, 1981, 1984)

3. Eine Politisierung ökonomischer Entscheidungen erweist sich letztendlich als an der Marktrationalität ausgerichtete „Ökonomisierungsstrategie (Ronge, 1979), nach der Politik nicht autonome Zwecke verfolgen kann, etwa Verteilungsziele auf dem Arbeitsmarkt, sondern nur ökonomische Zwänge durchsetzt; interventionistische Politik kann zwar den Strukturwandel beschleunigen, aber nur unter Hinnahme sozialer Kosten – hoher Arbeitslosigkeit (vgl. Esser et al., 1983).

Diese drei Hypothesen werden von den genannten Autoren mit bestimmten gesellschaftlichen Interessenkonstellationen in Zusammenhang gebracht: So betont die „*reformpolitische Politisierungshypothese*“ die Möglichkeit einer erfolgreichen Einbindung von Gewerkschaften in die staatliche Politikentwicklung, insbesondere auf den Feldern der Arbeitsmarktpolitik und der Industriepolitik (Lehmbruch, 1984; Schmidt, 1984; Stephens, 1979). Eine zweite gewerkschaftskritische Position sieht eine langfristig unheilvolle Politisierung gerade als Folge gewerkschaftlicher Politikeinbindung an, die durch partikulare Interessenbefriedigung den Marktmechanismus außer Kraft setze (vgl. Briefs, 1952; Kielmannsegg, 1979; Soltwedel 1984). Diese „*Konservative Politisierungshypothese*“ unterscheidet sich wiederum von einer linken gewerkschaftskritischen Position, die der „*Ökonomisierungshypothese*“ zugeordnet werden muß. Sie behauptet die Selektivität korporatistischer Gewerkschaftseinbindung; industriepolitische bekommen demnach Vorrang vor Beschäftigungsinteressen, wenn der solidarische, wohlfahrtsstaatliche Ansatz in der Krise nicht mehr aufrecht erhalten werden kann (vgl. Esser et al., 1983).

Die Gültigkeit dieser Hypothesen hängt jeweils davon ab, ob Staatsintervention und/oder korporatistische Krisenregulierung sowohl die Arbeitsmarktpolitik als auch die Industriepolitik erfolgreich zu steuern vermögen (These 1), diese Politisierung kontraproduktiv wird (These 2), oder ob ökonomische Anpassungsprozesse zwar politisch bewältigt werden können, aber nur unter Hintanstellung von Beschäftigungszielen (These 3).

Vor der empirischen Analyse dieser Zusammenhänge sind einige methodische Bemerkungen notwendig: Ausgehend von internationalen Industriestatistiken der Vereinten Nationen (UN – Industrial Statistics) wird das Ausmaß von Beschäftigungsstrukturveränderungen nach Branchen in der Zeit von 1970–77 ermittelt. Daten für spätere Zeiträume lagen zum Zeitpunkt der Untersuchung nicht vor¹, eine Trendfortschreibung erscheint jedoch aufgrund der insgesamt geringen zyklischen Variation um jeweils länderspezifische Trendlinien gerechtfertigt. Um dennoch aktuelle Aussagen zu gewinnen, werden neuere Daten zur gesamtindustriellen Produktivitätsentwicklung mit einbezogen.

Dabei gilt die relative Veränderung der Beschäftigungsanteile der empirisch er-

1 Die international vergleichende Analyse zur Industriepolitik entstand im Rahmen des Konstanzer VW-Projektes „Neokorporatistische Politikentwicklung in Westeuropa“.

mittelten Wachstumsbranchen gegenüber den Krisenbranchen als Indikator für das Ausmaß des Beschäftigungsstrukturwandels. Konfrontiert man dieses Maß mit der gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsentwicklung im Untersuchungszeitraum durch Addition der beiden rangskalierten Größen, erhält man einen Index der volkswirtschaftlichen Modernisierung eines Landes: Letztere wäre am höchsten, wenn sowohl Beschäftigungsstrukturveränderungen als auch Produktivitätsentwicklungen vergleichsweise hoch ausfallen, und am geringsten, wenn beide Größen niedrig ausgeprägt sind (Erstarrung der Produktionsstruktur). Diese Operationalisierung ist ökonomischen Analysen (Hardes, 1981; Sachverständigenratsgutachten 1965) und politischen Konzeptionen, vor allem der „Aktiven Arbeitsmarktpolitik“ entnommen, wie sie zuerst in Schweden formuliert wurde (vgl. Martin, 1979, Öhmann, 1974, 32 ff.). Das zugrundeliegende Konzept definiert Modernisierung der Volkswirtschaft als Reallokation unproduktiven Kapitals und unproduktiver Arbeit in Richtung international konkurrenzfähiger, hochproduktiver Bereiche.

Zu begründen wäre noch, warum Arbeitslosenquoten als Erfolgsindikator für den „Policy-Mix“ aus Industrie- und Arbeitsmarktpolitik verwendet werden und nicht, wie Scharpf (1981) vorschlägt, die Beschäftigungsentwicklung. Scharpf definiert seine Zielvariable „Ökonomischer Erfolg“ als Steigerung von Wachstum, Beschäftigung und Geldwertstabilität. Demgegenüber gelten in der vorliegenden Untersuchung Wachstum und *sinkende* Erwerbsquoten als nach ökonomischen Rationalitäts- und Effektivitätskriterien ebenso wünschbares und unter den ökonomischen Rahmenbedingungen der Gegenwart leichter realisierbares Ergebnis interventionistischer Arbeitsmarktpolitik. Durch Lebensarbeitszeitverkürzung, verlängerte Ausbildungszeiten, langfristig angelegte Umschulungsmaßnahmen und Förderung eines „informellen Sektors“ der Ökonomie kann der Arbeitsmarkt von einem Angebotsüberhang entlastet werden. Spätestens gegen Ende der siebziger Jahre werden in allen westlichen Industrieländern und in allen politischen Lagern solche „angebotsorientierten“ Maßnahmen zum Bestandteil arbeitsmarktpolitischer Strategien. Diese Alternative sollte deshalb nicht von vornherein durch die Orientierung an steigenden Erwerbsquoten als arbeitsmarktpolitischer Irrweg diffamiert werden. Der Politik verursacht diese Entwicklung freilich das Problem unter Produktivitätsgesichtspunkten überschüssig werdender, aber dennoch arbeitsfähiger Bevölkerungsteile. Hier, bei der Kompensation oder Reintegration von „Modernisierungsoffern“, treten dann politische Unterschiede zutage, auf die weiter unten näher eingegangen werden soll.

Die Beschäftigungsentwicklung ist nicht nur deshalb zur Messung des Erfolges von Arbeitsmarktpolitik ungeeignet, weil sie angebotsreduzierende Maßnahmen nicht honoriert, sie ist darüber hinaus auch als gesamtwirtschaftlicher Erfolgsindikator wertlos, wenn sie die Arbeitsproduktivität zusätzlicher Beschäftigung außer Acht läßt. Daneben spricht ein methodischer Grund gegen die Verwendung von Erwerbsquoten im internationalen Vergleich: Variierende Anteile von Teilzeitarbeit, Schicht und Nachtarbeit machen solche Vergleiche sinnlos. Die im internationalen Vergleich außerordentlich starke Variation von Teilzeitannteilen (In Schweden sind 17 Prozent aller Arbeitsplätze Teilzeistellen, in Italien nur drei Prozent),

macht unmittelbar einsichtig, daß eine italienische Politik ungleich mehr Mittel aufwenden müßte und gesamtwirtschaftlich erfolgreicher sein müßte, um bei konstanten Teilzeitanteilen dieselbe Zahl von Arbeitslosen in den Arbeitsprozeß zurückzubringen, als die schwedische. Beruht ein internationaler Vergleich auf Erwerbsquoten als „Maß des relativen ökonomischen Erfolges“ (Scharpf, 1981, 7), so ist zu berücksichtigen, daß darin auch halb, oder nur zu einem Viertel Beschäftigte enthalten sind (vgl. Pathierane/Blades, 1982, 274). Solange die Statistik die Zahl der Beschäftigten unabhängig von deren Arbeitszeit erfaßt, und zudem die Arbeitsproduktivität unbeachtet bleibt, sind solche Vergleiche irreführend – wachsende Erwerbsquoten können auf Wirtschaftswachstum ebenso beruhen wie auf Umverteilung von Arbeit! Deshalb ist die Verwendung von Arbeitslosenquoten in politikwissenschaftlichen Analysen, nicht zuletzt aus methodischen Gründen, vorzuziehen.

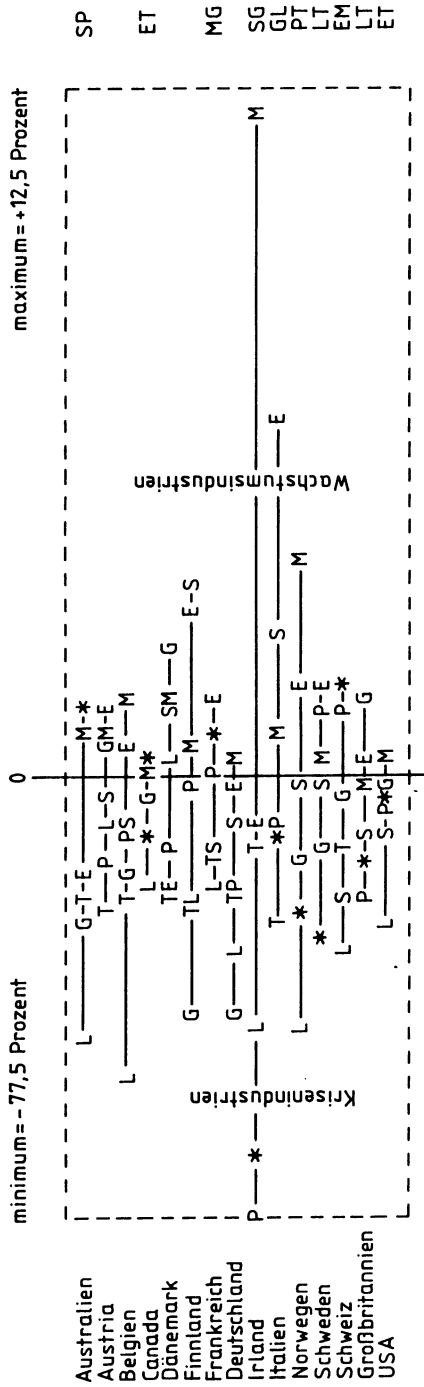
3. Die Entwicklung der 70er Jahre

Nach Darlegung von Hypothesen und methodischen Prämissen soll nun der Zusammenhang von volkswirtschaftlicher Modernisierung und arbeitsmarktpolitischer Performanz international vergleichend untersucht werden.

Schaubild 1 zeigt das Ausmaß der Veränderung von Beschäftigungsanteilen an der Gesamtschäftigung für sieben Industriebranchen und 15 Länder. Eine Branche erweist sich in allen Ländern als Wachstumsbranche (Maschinenbau), eine weitere zeigt mit drei Ausnahmen (Australien, Dänemark, Irland) ebenfalls einen zunehmenden Anteil an der Gesamtbeschäftigung (Elektroindustrie, ISIC 382²). Zwei weitere der untersuchten Branchen haben dagegen in allen Ländern Beschäftigungsanteile verloren (Textil, ISIC 321, und Leder, ISIC 323). Die übrigen Branchen weisen vergleichsweise unterschiedliche Entwicklungen auf. Vergleicht man Produktionsstatistiken, so zeigen vier durchgehend Anteilsverluste am Wert der industriellen Gesamtproduktion der untersuchten Industrieländer (Textil, Leder, Stahl, Glas/Keramik). Auf dieser Grundlage können zwei Wachstumsbranchen (Maschinenbau und Elektroindustrie) und fünf Branchen mit sinkendem Beschäftigungsanteil identifiziert werden. Setzt man die Beschäftigungszunahme der Wachstumsindustrien in Beziehung zum Beschäftigungsverlust der übrigen Branchen, erhält man einen Indikator über Richtung und Ausmaß des Beschäftigungsstrukturwandels. Zusammen mit Daten zu gesamtindustriellen Produktivitätsentwicklung (Addition der Rangplätze in beiden Variablen) erhält man ein Maß für die Modernisierung der Volkswirtschaft (Tabelle 1).

2 Die Branchenabgrenzung erfolgt nach der Internationalen Standardklassifikation (ISIC), wie sie den UN-Industrial Statistics zugrundeliegt.

Schaubild 1: Überblick über Beschäftigungsstrukturveränderungen in 14 OECD-Ländern



Anmerkung: Links der O-Linie befinden sich die Branchen mit abnehmendem Anteil an der Gesamtbeschäftigung, rechts die mit zunehmendem Beschäftigungsanteil. Die im Zeitraum 1970–77 untersuchten Branchen sind: Textil (T), Leder (L), Papier (P), Glas (G), Stahl (S), Maschinenbau (M) und Elektro (E). Wenn zwei oder mehr Branchen dieselben Veränderungswerte aufweisen, sind sie mit einem * gekennzeichnet und am rechten Rand des Schaubildes namentlich aufgeführt.

Quelle: Eigene Berechnungen nach UN – Industrial-Statistics

Tabelle 1: Volkswirtschaftliche Modernisierung und Arbeitslosigkeit in westlichen Industrieländern

	Arbeitslosigkeit ¹		Strukturwandel ²	Produktivität	Modernisierung ³
	Ø 1977–79	1883			
Australien	5,6	9,9	62	3,8	4
Belgien	7,5	13,9	128	9,4	14
BR Deutschland	3,9	8,0	118	3,9	11
Dänemark	6,4	10,5	– 6	7,3	8
Finnland	6,0	6,1	90	7,1	10
Frankreich	5,1	8,3	58	5,8	7
Irland	7,8	–	368	6,1	12
Italien	7,0	9,8	k. A.	5,3	k. A.
Japan	2,1	2,6	k. A.	9,1	k. A.
Kanada	8,2	11,8	18	4,1	3
Niederlande	6,0	13,7	k. A.	8,3	13
Norwegen	1,7	3,3	161	2,1	9
Österreich	1,6	4,1	67	4,8	6
Schweden	1,8	3,5	77	3,1	5
Schweiz	0,4	0,9	87	k. A.	k. A.
UK	6,2	12,6	50	2,4	1
USA	6,6	9,5	46	3,0	2

1 Die Arbeitslosenquoten der USA, Schwedens und Österreichs sind nach 1933 leicht gesunken, die übrigen angestiegen.

2 Zuwachs des Beschäftigungswachstums von Wachstumsbranchen + Anteilsverluste von Krisenbranchen (1970–77, vgl. Text)

3 Rangplatz Strukturwandel + Rangplatz Produktivitätssteigerung (vgl. Text)

Quellen: UN-Industrial Statistics; Neef/Capdevielle, 1980; OECD-Labour Force Statistics; OECD – Economic Outlook 38, Dec. 1985; Maddison, 1980

Reduziert man das Meßniveau der Daten weiter und erfaßt Arbeitslosigkeit und Wirtschaftsmodernisierung nur noch in drei Ausprägungen – mittel, hoch, niedrig –, so ergeben sich die in Tabelle 2 dargestellten Zusammenhänge.

Tabelle 2

		Arbeitslosigkeit		
		hoch	mittel	niedrig
Modernisierung der Wirtschaft	stark	Irland Belgien Finnland Niederlande BRD (nach 1981)	BRD (vor 1981)	Japan (?)
	mittel		Dänemark Frankreich	Schweden Österreich Norwegen
	schwach	USA Großbritannien Kanada	Australien	

1. In einer Gruppe mit geringer Modernisierung und Massenarbeitslosigkeit finden sich die USA, Kanada, Großbritannien und Australien. Dies sind gleichzeitig die Länder mit *gewerkschaftspluralistisch* geprägten industriellen Beziehungen.
2. Länder mit mittlerer Strukturänderungsgeschwindigkeit und niedrigen Arbeitslosenquoten. Hier finden sich die Länder mit *korporatistisch* eingebundenen, hochzentralisierten Gewerkschaften, wie Schweden, Österreich, Norwegen³.
3. Länder mit starker volkswirtschaftlicher Modernisierung und in der Folge hohen Arbeitslosenquoten. Am herausragendsten repräsentieren diese Gruppe Belgien, die Niederlande und Finnland. Dies sind Länder mit starken, ebenfalls an der Politik beteiligten Gewerkschaften, die allerdings gegenüber denen der Ländergruppe 2 überwiegend stärker fragmentiert und mit weniger Assoziationsmonopolen ausgestattet sind. Die gegenüber der Ländergruppe 1 zahlreichen und weitgehend institutionalisierten Staat-Gewerkschaftsbeziehungen bleiben *sektorspezifisch* (verstreute Repräsentation in Gremien des sozialen Sicherungssystems, der Unternehmensmitbestimmung, etc., vgl. Czada, 1984, 150 f.)
4. Frankreich und Dänemark nehmen, wie die Länder mit korporatistischer Gewerkschaftseinbindung, mittlere Modernisierungsränge ein, allerdings unter Hin- nahme höherer Arbeitslosenquoten.

Für die Gültigkeit der eingangs dargestellten Hypothesen erlauben diese Zusammenhänge folgende Schlüsse:

- Die im Vergleich zu anderen Ländern niedrigen Arbeitslosenquoten korporatistischer Länder gehen nicht auf Kosten einer Erstarrung von Arbeitsmärkten. Für diese Länder kann von einer vergleichsweise günstigen Anpassung der Arbeitsmärkte an veränderte ökonomische Bedingungen ausgegangen werden. Ihre Entwicklung bestätigt die Gültigkeit der reformpolitischen Hypothese.
- Eine zweite Ländergruppe mit Gewerkschaftseinbindung und höchster volkswirtschaftlicher Modernisierung, in der die Anpassung des Arbeitsmarktes offenbar über Entlassungen bewerkstelligt wurde, bestätigt allerdings ebenso die These eines selektiven Korporatismus, bzw. die Ökonomisierungsthese.
- Von den beiden Übeln Arbeitslosigkeit und industrielle Strukturkonservierung mußten Länder mit überwiegend pluralistischer Gewerkschaftsstruktur beide zugleich hinnehmen. Dabei bestätigt vor allem Großbritannien mit seiner Vielzahl gewerkschaftlicher Beteiligungsinstitutionen, die sich im Verlauf korporatistischer Konzertierungsversuche herausgebildet hatten, die Gültigkeit der konservativen Politisierungshypothese.

Die Frage, ob die Anpassung von Arbeitsmärkten – ob nun durch Beschäftigungsabbau, Umverteilung von Arbeit, oder durch forcierte Wachstumspolitik – insgesamt auf Kosten der Produktivitätsentwicklung ging, muß allerdings für die korporatistischen Länder bejaht werden. Im Mittelwertvergleich zeigen Länder mit

3 Es kann hier nicht auf die Problematik des Korporatismusbegriffs eingegangen werden. Schweden, Österreich und Norwegen gelten in internationalen Vergleichen als herausragendste Beispiele gewerkschaftlicher Einbindung (Inkorporation) in Formulierung und Ausführung von Politiken (vgl. Lehmbruch, 1984; Czada, 1983b).

pluralistischer Gewerkschaftskonkurrenz und korporatistischer Einbindung nur geringe Unterschiede in der Produktivitätsentwicklung, wenngleich in letzteren ein stärkerer Beschäftigungsstrukturwandel festzustellen ist. Wie sind diese Ergebnisse zu bewerten?

Offenbar hängt der industrie- und arbeitsmarktpolitische Mittelweg damit zusammen, daß in den solidar-korporatistischen Ländern Arbeitsplatzschutz und Rationalisierung als gleichrangige Politikziele betrachtet werden. Institutioneller Ausdruck dieser Denkweise sind die dort anzutreffenden volkswirtschaftlichen Zwei-Sektoren-Konzeptionen, die bereits seit den frühen 70er Jahren der Wirtschaftspolitik in Schweden und Norwegen zugrundeliegen: Hohen Produktivitätsfortschritten in weltmarktoffenen, modernen Industrien (Competitive Sector) stehen geschützte Binnenmarktindustrien (Sheltered Sector) gegenüber, in denen Produktivitätseinbrüche durch verringerte Faktorenintensitäten und Überbeschäftigung, sowie – außenwirtschaftlich unschädlich – höhere Inflationsraten zugunsten arbeitsmarktpolitischer Ziele hingenommen werden (vgl. Edgren et al., 1973; Jones, 1976; Aukrust, 1979). Die Gewerkschaften unterstützen die Zwei-Sektoren-Konzeption, da sie ihnen ermöglicht, auch in der Krise ihre solidarische Lohnpolitik aufrechtzuerhalten, die vor allem auf ein inflationsfreies Wachstum des C-Sektors und die Egalisierung von Branchenlöhnen gerichtet ist. Eine ähnliche arbeitsmarktpolitische Funktion erfüllen in Österreich die verstaatlichten Industrien sowie der öffentliche Geld- und Kreditsektor (vgl. Nowotny, 1979, 1985; Mooslechner 1981) und das System der „Sozialpartnerschaft“.

Produktivitätswachstum, Beschäftigungsentwicklung, Strukturwandel und Arbeitslosigkeit gehorchen offenbar nicht einer feststehenden Zuordnungsstruktur, wie man es bei unumschränkter Marktsteuerung erwarten könnte und wie es die konservative Politisierungsthese und die Ökonomisierungsthese voraussagen. Vielmehr ergeben sich in den einzelnen Ländern unterschiedliche Zusammenhänge, die sich – so die folgende Hypothese – prinzipiell auf vier wirtschaftspolitische Strategievarianten reduzieren lassen.

4. Varianten von Krisenpolitik

Die Tatsache, daß Beschäftigungsstrukturwandel und Produktivitätsentwicklung nicht parallel verlaufen, wurde für die korporatistischen Länder auf die Existenz eines selektiven Interventionskonzeptes zurückgeführt: steigender Produktivität im weltmarktorientierten Sektor stehen Arbeitsplatzsubventionen im geschützten Sektor gegenüber. Eine Reihe von empirischen Studien zum Zusammenhang von Produktivität und Beschäftigungsveränderungen (Prais, 1984; Wragg/Robertson, 1978; Salter, 1960; Jones, 1976) legen für die übrigen Fälle ein anderes Erklärungskonzept nahe. Für die gesamte Nachkriegszeit lassen sich für einige dieser Länder stabile Muster des Zusammenhanges von Produktivität und Beschäftigung nachweisen. Für die USA zeigt sich, daß die Beschäftigung regelmäßig in den In-

dustriebranchen überdurchschnittlich zunimmt, in denen auch die Produktivitätsfortschritte groß sind. Gleiches gilt für Großbritannien. Dagegen ergibt sich für Deutschland eine negative Beziehung zwischen beiden Größen. „Dies läßt vermuten, daß der westdeutsche Wirtschaftserfolg in starkem Ausmaß von der Flexibilität seiner Arbeitskräfte abhängt, insofern als dort, wo die Produktivität stark anstieg, sich die Beschäftigungszunahme verlangsamt hat“ (Prais, 1984, 94). Dies entspricht den Ergebnissen von Esser (1982, vgl. auch Esser et al., 1983): Die Industrie- und Arbeitsmarktpolitik des „selektiven Korporatismus“ zielt auf schnelle Produktivitätssteigerung und Qualifizierung und nimmt dafür hohe soziale Kosten in Kauf. Es werden nicht Produktion und Absatz durch Export-, Lohn- und Lagersubventionen gestützt, wie in Schweden, Österreich und Norwegen, sondern der Strukturwandel und seine sozialen Folgekosten⁴.

Die Ergebnisse des industrie- und arbeitsmarktpolitischen „policy-mix“ in der Bundesrepublik – starke volkswirtschaftliche Modernisierung und Massenarbeitslosigkeit – finden sich auch in Belgien, Finnland, den Niederlanden und Dänemark (Tabelle 2). Dies sind zugleich Länder mit den international höchsten sozialen Transferleistungen⁵. Da zentrale Gewerkschaften dort sektoral in die Politik eingebunden sind – beispielsweise über die Institutionen der Einkommenspolitik in Finnland und den Niederlanden, in die Arbeitsmarktpolitik und Sozialpolitik in Belgien und Dänemark – kann von Systemen des „Selektiven Korporatismus“ ausgegangen werden; im Gegensatz zum „Solidarischen Korporatismus“ Schwedens, Österreichs und Norwegens.

Man kann Branchenstrukturwandel und Rationalisierungspolitik als durchaus eigenständige politikstrategische Entwicklungspfade ansehen. Die (solidar-)korporatistischen Systeme verfolgen eine gesamtwirtschaftliche Strategie und geben dem gesteuerten Strukturwandel Priorität, während der „selektive Korporatismus“ in erster Linie auf betriebliche Produktivitätssteigerungen abzielt, den gesamtwirtschaftlichen Strukturwandel aber den Marktkräften überläßt.

Es gibt eine dritte, neoliberale, Strategievariante, die betriebliche Subventionen ebenso ablehnt wie gesamtwirtschaftliche Intervention. Als Voraussetzung für funktionierende Arbeitsmärkte gilt hier die Abwärtsflexibilität von Löhnen: Verbilligung von Arbeit. Eine Zuordnung dieser drei Strategien zu den hier untersuchten Ländern (Tabelle 3) läßt vier alternative Ansätze erkennen:

4 Dabei ist bedeutsam, daß die genannten Länder nicht EG-Mitglieder sind. Innerhalb der EG hätten sie als kleine Länder diese Anpassungspolitiken nicht verwirklichen können.

5 Die Transferquoten im internationalen Vergleich sind (1975 in Prozent): Belgien 18,9; BR Deutschland 16,7; Dänemark 15,9; Finnland 8,8; Frankreich 20,0; Großbritannien 11,1; Italien 19,6; Kanada 10,4; Niederlande 26,1; Norwegen 16,0; Österreich 13,9; Schweden 16,6; Schweiz 10,2; USA 11,5 (Kohl, 1981).

Tabelle 3: Drei Anpassungsstrategien

	Strukturwandel ¹	Rationalisierung ²	Verbilligung von Arbeit ³
Belgien		X	
BR Deutschland	X	X	
Dänemark		X	
Finnland	X		
Frankreich		X	
Irland	X		
Italien	X		
Japan	X	X	
Kanada			X
Niederlande		X	X
Norwegen	X		X
Österreich	X	X	
Schweden	X		X
Schweiz	X		X
UK			X
USA			X

Anmerkungen:

1 Trendschätzung aus Daten zur Beschäftigungsstrukturentwicklung, Tabelle 1

2 Die gesamtindustrielle Produktivitätsentwicklung gilt als Indikator für Rationalisierung

3 vgl. Tabelle A 1 im Anhang: Reallohnentwicklung im Vergleich

4 Die Tabelle basiert auf einem Vergleich der rangskalierten Variablen „Strukturwandel“, „Rationalisierung“ und „Einkommensrückgänge“. Die Variable, in der ein Land die höchste Rangstufe erreicht, indiziert die dort verfolgte Politikstrategie. Falls zwei Variablen ähnliche Rangstufen aufweisen (nicht mehr als zwei Rangplätze voneinander entfernt sind), gilt dies als Strategie-Mix.

Die Tabelle enthält keinerlei Information über den Erfolg von Politiken, sondern nur über das *relative* Gewicht von „Strukturwandel“, „Rationalisierung“ und „Verbilligung von Arbeit“ innerhalb von Krisenlösungsansätzen.

1. Verbilligung von Arbeit durch Flexibilisierung von Tarifvertragssystemen mit der Folge niedrigen Wachstums der Arbeitsproduktivität: *Marktpolitik*.

2. Verdrängung von Arbeit durch Automatisierung und ihre industriepolitische Förderung in einem umfassenden Rationalisierungsansatz: *Ökonomisierungspolitik*.

3. Industriepolitische Steuerung in Richtung weltmarktfähiger Produkte. Dies wäre die Stärkung der Strukturkomponente, d.h. internationale Konkurrenzfähigkeit wird auf Spezialisierungsstrukturen gegründet (gegenüber der Wettbewerbskomponente die durch Niedriglöhne und Rationalisierung gestärkt wird): *Strukturpolitik*.

4. Der ausgebaute „policy-mix“ mehrerer Strategien: Verbilligung von Arbeit durch moderate Gewerkschaftsforderungen und Lohnsubventionierung, Roboterisierung und Strukturpolitik (Beispiel Schweden): *Korporatistische Konzertierung*.

Auf den ersten Blick überrascht, daß die Verbilligung von Arbeit sowohl in den USA als auch in Schweden zum Repertoire der Krisenpolitik gehört (vgl. auch Tabelle A 1 im Anhang). Ein weitreichender Unterschied besteht allerdings darin, daß in Schweden die Arbeitskosten der Unternehmen aufgrund kollektiv-vertraglicher Regelung und durch Lohnsubventionen der korporatistisch kontrollierten Arbeitsmarktbehörde reduziert wurden, während die USA den Lohnsenkungseffekt durch

mehr Markt am Arbeitsmarkt erreichen. Diese Differenz erweist sich als folgenreich: Der schwedische Weg macht hochproduktive Arbeit durch Reallohnsenkungen billiger und erhält unproduktive im politisch erwünschten Umfang durch Lohnsubventionen. Im US-Fall wird lediglich marginale Beschäftigung mit niedriger Arbeitsproduktivität billiger, was sich im Endeffekt als Sonderform der Arbeitsbeschaffung herausstellt. Die Politik der USA verschärft die Produktivitätskrise, insofern als die zusätzliche Beschäftigung niedrig produktiver Arbeit Rationalisierungsanreize verringert, den gesamtwirtschaftlichen Investitionsfonds schmälert und eine industriepolitisch erwünschte Faktorsubstitution hemmt. Die schwedische Politik hingegen vermag durch Kosteneinsparungen bei hochproduktiver Arbeit im Verein mit einer vergleichsweise niedrigen Besteuerung reinvestierter Gewinne Mittel für Investitionen und Wachstumsimpulse im Exportsektor freizusetzen. Sie verhindert zudem durch eine ergänzende aktive Arbeitsmarktpolitik die massenhafte Dequalifizierung von Arbeitskräften in zweifacher Hinsicht: 1. der Fachqualifikation, 2. der Arbeitsethik. Sie erhält weiterhin die Ordnungsfunktion der Gewerkschaften⁶.

Wir sind damit bei Faktoren, die für die Erklärung des landandauernden „productivity-slowdowns“ in den USA und Großbritannien häufig genannt werden. Bereits Pavitt (1980) macht ein hohes Streikniveau und Mängel im beruflichen Bildungssystem sowie generell Faktoren der Berufsqualifikation für die vergleichsweise ungünstige Produktivitätsentwicklung verantwortlich. Summers (1982; 166) sieht in einem Rückgang der traditionellen Arbeitsethik und weiteren „sozial-pathologischen“ Phänomenen eine Ursache der Produktivitätskrise. Nelson (1981), Nordhaus (1982) und Maddison (1979) betonen die Unfähigkeit der neoklassischen Wirtschaftstheorie, das „Hauptübel der entwickelten Industrieländer“ (ebenda; 131) zu erklären. Zunehmend finden sich deshalb auch in den Wirtschaftswissenschaften Ansätze, staatliche und gesellschaftliche Institutionen unter dem Aspekt ihrer produktivitätsfördernden- oder hemmenden Auswirkungen zu untersuchen (vgl. Nelson, 1981; 130 ff.).

Nordhaus (1982) weist mit statistischen Vergleichsdaten nach, daß weder der Rückgang der Investitionen, noch die Ölkrise, noch niedrige Profiterwartungen, weder Marktversagen, noch Staatsversagen für die Produktivitätskrise der siebziger Jahre verantwortlich gemacht werden können und schlägt deshalb eine „Er-schöpfungs-Hypothese“ vor, die stark an die Theorie der langen Wellen erinnert. Ihr politikwissenschaftlicher Gehalt ist gering, insofern als sie politisch-institutionel-

6 Die schwedische Politik ist indes nicht ohne Probleme. Vor allem die Marktdynamik selbst entzieht der interventionistischen Steuerung die soziale und politische Basis. Die Grenzen wohlfahrtsstaatlicher Steuerung sind also nicht technisch, in ökonomischen Gesetzmäßigkeiten begründet, sondern bestehen deshalb, weil auseinanderlaufende Branchenproduktivitäten und korporatistische Gegensteuerung mittels solidarischer Lohnpolitik, Arbeitsmarkt- und Industriepolitik die soziale und politische Basis des korporatistischen Politikverbundes verändern (durch die Dispersion von Qualifikationsanforderungen nach Sektoren, Steuerprotest, Beeinflussung von Lebenschancen durch wohlfahrtsstaatliche Politik, etc.).

le Erklärungsfaktoren nicht gelten läßt und damit die bedeutsamen internationalen politikstrategischen Unterschiede ignoriert.

Die bislang einflußreichste politisch-institutionelle Hypothese von Olson (1982) bietet ein weit differenzierteres Bild. Danach ist eine partikularistische Interessenpolitik von Wirtschaftsverbänden einschließlich der Gewerkschaften für Stagnation und Stagflation verantwortlich. Mit dem Alter nationaler Interessenvermittlungssysteme zunehmende „Verteilungskonkordien“ schaffen soziale Rigiditäten und führen letztlich zum „Abstieg von Nationen“. Diese Konsequenz von Interessenorganisation bleibt nur aus, wenn Organisationsgrad und absolute Mitgliedschaft nationaler Wirtschaftsverbände so groß sind, daß diese „umfassenden“ Interessenorganisationen die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen ihrer Forderungen aus Eigeninteressen nicht mehr ignorieren können. Die „umfassende Organisation“ ist nun gerade Kennzeichen der solidariskorporatistischen Systeme Schwedens, Österreichs und Norwegens. Sie müßten sich nach Olsons Theorie durch eine vergleichsweise flexible Krisenpolitik und starkes Wirtschafts- und Produktivitätswachstum auszeichnen. Zwar kann von flexiblen, innovativen Politikstrategien tatsächlich ausgegangen werden, Produktivität und Wachstum bleiben im gesamtwirtschaftlichen Rahmen allerdings unterdurchschnittlich. Die solidariskorporatistischen, von Assoziationsmonopolen und umfassender Verbändepolitisation gekennzeichneten Länder entwickeln sich in dieser Hinsicht ganz wie verbändeppluralistische Systeme mit vorwiegend marktökonomischer Steuerung. Der Unterschied liegt, wie sich gezeigt hat, darin, daß im korporatistischen Fall a) der Beschäftigungsstrukturwandel in Richtung moderner Wachstumsbranchen quantitativ stärker ausgeprägt war (Strukturpolitik anstelle des reinen Rationalisierungsansatzes im „selektiven“ Korporatismus), und b) die Arbeitslosigkeit niedrig blieb. Olsons Theorie vermag diese Entwicklung nicht zu erfassen. Woran liegt dies?

Schweden, Norwegen und Österreich sind die Länder mit der längsten sozialdemokratischen Regierungsbeteiligung in der Nachkriegszeit. Sie haben anders als die USA und Großbritannien einen kleinen Binnenmarkt und sind deshalb auf einen international wettbewerbsfähigen Exportsektor angewiesen. Sozialdemokratische Verteilungsziele, vor allem das Vollbeschäftigungsziel, und Modernisierung der Exportwirtschaft lassen sich in der Krise nur dann vereinbaren, wenn mit Hilfe starker Gewerkschaften die Exportwirtschaft modernisiert und die Beschäftigung im Binnenmarktsektor zu gleichen Einkommensbedingungen „künstlich“, d. h. durch Arbeitsmarktpolitik hoch gehalten wird. Bekommt das Modernisierungsziel Vorrang, entwickelt sich ein „selektiver Korporatismus“, wie man ihn in der Bundesrepublik, Belgien, den Niederlanden, Dänemark und Finnland antrifft.

Das Ziel, international konkurrenzfähig zu bleiben oder zu werden, ist, wie Katzenstein (1984) zeigt, in kleinen Ländern politisch-institutionell verankert. Allein der Faktor „Kleinheit“ führt zu einer „Ast- und Angstgemeinschaft“ (ebenda, 189), die in Olsons individualistischem Ansatz⁷ keine Berücksichtigung finden kann.

7 Olsons Theorie basiert auf der Annahme, Organisationshandeln ließe sich auf individuelle Nutzenkalküle der Mitglieder zurückführen. Der Staat, demnach Regierungszusammensetzungen, spielen in seinem Ansatz keine Rolle.

Daß Modernisierungspolitiken dort weitgehend unabhängig von der politischen und ideologischen Struktur des Verbändesystemes verfolgt werden, läßt sich mit der Abhängigkeit von Weltmarktentwicklungen erklären. Die spezifische Differenz zwischen den Modernisierungstypen des solidarischen und selektiven Korporatismus ist indes auf Verbändestrukturen und Regierungszusammensetzungen zurückzuführen. Nur wenn die Sozialdemokratie stark und die Gewerkschaften umfassend und zentralistisch organisiert sowie gleichzeitig in die Politik eingebunden sind⁸, folgt aus einer Dispersion von Branchenproduktivitäten und aus Modernisierungspolitiken nicht Massenarbeitslosigkeit.

5. Fazit

Als Fazit kann festgestellt werden:

1. Keine der eingangs dargestellten Hypothesen zum Zusammenhang von Politisierung der Ökonomie, Arbeitsmarktentwicklung und Modernisierung der Wirtschaft kann allgemeine Gültigkeit beanspruchen. So gilt die konservative Politisierungsthese vollständig nur für Großbritannien, die reformpolitische Politisierungsthese für Schweden, Österreich und Norwegen, und die Ökonomisierungsthese für BR Deutschland, die Niederlande, Dänemark und Finnland.
2. Die konservative Politisierungsthese scheint vor allem dort zuzutreffen, wo sich eine industriepolitische Instrumentalisierung der Gewerkschaften aufgrund deren verbändepluralistischer Struktur verbietet. Die Ökonomisierungsthese wird dort bestätigt, wo Gewerkschaften sektoral in die Politikentwicklung eingebunden waren, eine umfassende Beteiligung aus einer Reihe von Gründen (niedriger Organisationsgrad, Schwäche der Sozialdemokratie) aber fehlt. Reformpolitik schließlich findet sich dort, wo Gewerkschaften umfassend, „trans-sektoral“ in die Politik integriert sind.
3. Es gibt keine befriedigende Erklärung international unterschiedlicher ökonomischer und gesellschaftlicher Entwicklungen ohne die Einbeziehung politisch-institutioneller Faktoren. Aus dem historischen Beharrungsvermögen dieser Faktoren

8 Der gewerkschaftliche Organisationsgrad in Schweden beträgt 85 Prozent, in Österreich 60 Prozent, in Norwegen 45 Prozent. Gleichzeitig finden sich dort eine hegemoniale Stellung der Sozialdemokratie in der Nachkriegszeit, sowie die höchste gewerkschaftliche Organisationszentralisierung. In der BRD beträgt der Organisationsgrad dagegen „nur“ 35 Prozent, die gewerkschaftliche Organisationszentralisierung ist im internationalen Vergleich von mittlerer Ausprägung und die sozialdemokratische Regierungsbeteiligung in der Nachkriegszeit liegt weit unter der Schwedens, Norwegens und Österreichs. In Belgien finden sich gewisse innergewerkschaftliche Konflikte bei hohem nationalem Organisationsgrad, aber keine sozialdemokratische Regierungsbeteiligung. Ähnliches gilt für die Niederlande, Finnland und Dänemark bei wechselnden, eher geringen Organisationsgraden. Diese Unterschiede zeigen, daß sich der Faktor „Kleinheit“ eines Landes sehr unterschiedlich in den Systemen der industriellen Beziehungen niederschlägt. Insgesamt findet sich der „Selektive Korporatismus“ in Ländern mit geringer zentralisierten und sektoral organisierten und politisch eingebunden Gewerkschaften und gleichzeitig vergleichsweise schwacher Sozialdemokratie und meist starken christlichen Parteien.

kann gefolgert werden: Die arbeitsmarktpolitischen und industrie-politischen Entwicklungspfade dieser Ländergruppen sind auf längerfristige Abweichungen angelegt. Die politikstrategische Konvergenz des Keynesianischen Regimes hat sich in der Krise umgekehrt. Politisch-institutionelle Faktoren münden in je charakteristische materielle Politiken und zementieren damit die Divergenz der wirtschaftspolitischen Wege: Letztlich entscheidet die Behandlung von unter Produktivitätssichtspunkten überflüssig werdender Arbeitskraft über das Bild einer zukünftigen Gesellschaft.

Führt eine drohende Gesellschaftsspaltung zur staatlichen Kompensation von „Nicht-Erwerbstätigen“, oder werden im Zuge einer Ausdünnung des Mittelstandes vermehrt personenbezogene Dienstleistungen marktförmig angeboten, gelingt es schließlich, durch Arbeitszeitpolitik oder ein vermehrtes Angebot öffentlicher Dienstleistungen die knapper werdende Arbeit zu verteilen? Die letztere Strategie hängt wie Gorz (1985, 75) zeigt und wie Unternehmer fürchten, von ausgedehnten Wirtschaftsinterventionen ab. Die vorliegende Analyse läßt vermuten, daß die Politisierung einer Zeitökonomie nur in wenigen Ländern erfolgversprechend ist. Die „Finanzierung“ von Arbeitszeitverkürzungen basiert bekanntlich auf Produktivitätssteigerungen, die nicht gleichförmig in allen Branchen anfallen. Auch Arbeitszeitverkürzungen können demnach solidarisch oder selektiv verteilt werden, und es ist aufgrund politisch-institutioneller Faktoren langfristig davon auszugehen, daß in der Bundesrepublik, den Niederlanden, Belgien, Dänemark und Finnland die Branchen mit den höchsten Rationalisierungsschritten die niedrigsten Arbeitszeiten haben werden. Starke Branchengewerkschaften oder etablierte betriebliche Verhandlungssysteme, also eine sektorale Struktur der Interessenvermittlung, befördert die Ausbildung „korporativer Privilegien“ (ebenda). Nur die solidarkorporatistischen Systeme sind in der Lage die Wirkung unterschiedlicher Produktivitätsentwicklungen auszugleichen, und damit die Gesellschaftsspaltung auch unter einem zeitökonomischen Regime zu verhindern.

Literatur

- Aukurst, O., 1979: *Econometric Methods in Short-term Planning. The Norwegian Lesson*, Oslo
- Bacon, R. und W. Eltis, 1976: *Britain's Economic Problems. Too few Producers*, London
- Briefs, G., 1952: *Zwischen Kapitalismus und Syndikalismus: Die Gewerkschaften am Scheideweg*, Bern
- Capdevielle, P. und A. Neef, 1980: *International Comparisons of Productivity and Labour Costs*, *Monthly Labour Review* 103, S. 32–39
- Capdevielle, P./D. Alvarez und B. Cooper, 1982: *International Trends in Productivity and Labour Costs*, *Monthly Labour Review* 105, S. 3–14
- Czada, R., 1983a: *Konsensbedingungen und Auswirkungen neokorporatistischer Politikentwicklung*, *Journal für Sozialforschung* 23, S. 421–440
- Czada, R., 1984: *Zwischen Arbeitsplatzinteressen und Modernisierungszwang*, in: H. Wimmer (Hrsg.): *Sozialpartnerschaft in Österreich*, Wien

- Edgren, G., K. O. Faxen und C.-E. Odhner, 1973: *Wage Formation and the Economy*, London
- Esser, J., W. Fach und W. Vöth, 1983: *Krisenregulierung*, Frankfurt/Main
- Hardes, H. D., 1981: Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsmarktstrukturen und Beschäftigungsprobleme im internationalen Vergleich, Tübingen
- Johansson, X. und G. Schmied, 1980: The Development of Labour Market Policy in Sweden and in Germany. Competing or Convergent Models to Combat Unemployment, *European Journal for Political Research* 8, S. 387–406
- Jones, H. G., 1976: *Planning and Productivity in Sweden*, London
- Jones, J. D., 1976: Output, Employment and Labour Productivity in Europe since 1955, *National Institute Economic Review*, August
- Kielmannsegg, P., 1979: Organisierte Interessen als „Gegenregierung“, in: W. Hennis et al.: *Regierbarkeit*, Bd. II, Stuttgart
- Kohl, J., 1981: Trends and Problems in Postwar Public Expenditure Development in Western Europe and North America, in: Flora, R. und A. J. Heidenheimer (eds.): *The Development of Welfare States in Europe and America*, New Brunswick, London, S. 307–344
- Lehmbruch, G., 1984: Concertation and the Structure of Corporatist Networks, in J. H. Goldthorpe (ed.): *Order and Conflict in Contemporary Capitalism*, Oxford
- Lindbeck, A., 1974: *Swedish Economic Policy*, Berkeley, Cal.
- Maddison, A., 1979: Long Run Dynamics of Productivity Growth, in: *Banca Nazionale del Lavoro Quarterly Review* 128; 3–44
- Martin, A., 1979: Long Run Dynamics of Change in a Keynesian Political Economy. The Swedish Case and its Implications, in: C. Crouch (ed.): *State and Economy in Contemporary Capitalism*, London
- Mooslechner, P., 1981: Der Staat als Bankier, Das Öffentliche Haushaltswesen in Österreich 4/81, S. 286 ff.
- Nelson, R. R., 1981: Research in Productivity Growth and Productivity Differences. Dead Ends and New Departures, *Journal of Economic Literature* 19; S. 1029–1064
- Nordhaus, W. D., 1982: Economic Policy in the face of Declining Productivity Growth, *European Economic Review* 18, S. 131–157
- Nowotny, E., 1979: Verstaatlichte Unternehmen als Instrumente der Beschäftigungspolitik, *Zeitschrift für Öffentliche und Gemeinwirtschaftliche Unternehmen* 3/79, S. 252–276
- Nowotny, E., 1985: Beschäftigungsorientierte Wirtschaftspolitik und Strukturwandel – der Weg Österreichs, in: Lankau, J. und C. Köhler: *Wirtschaftspolitik und wirtschaftliche Entwicklung*, Bonn
- Öhmann, B., 1974: LO and Labour Market Policy since the Second World War, Stockholm
- Olson, M., 1982: *The Rise and Decline of Nations*, New Haven
- Pathirane, L. und D. Blades, 1982: Defining and Measuring the Public Sector: Some International Comparisons, in: *The Review of Income and Wealth* 28; 261–289
- Pavitt, K. (ed.), 1980: *Technical Innovation and British Economic Performance*, London
- Prais, S. J., 1984: *Productivity and Industrial Structure*, Cambridge
- Sachverständigenrat, 1965: Stabilisierung ohne Stagnation, erstes Jahresgutachten 1964/65, Stuttgart
- Salter, W. E., 1960: *Productivity and Technical Change*, Cambridge
- Scharpf, F. W., 1981: The Political Economy of Inflation and Unemployment in Western Europe: An Outline, *dp IIM/LMP* 81–21, Wissenschaftszentrum Berlin
- Scharpf, F. W., 1984: Economic and Institutional Constraints of Full-Employment Strategies: Sweden, Austria and West Germany 1973–1982, in: J. H. Goldthorpe (ed.): *Order and Conflict in Contemporary Capitalism*, Oxford, S. 257 ff.
- Schmidt, M. G., 1982: Wohlfahrtsstaatliche Politik unter bürgerlichen und Sozialdemokratischen Regierungen, Frankfurt/M., New York
- Schmidt, M. G., 1984: Arbeitslosigkeit und Vollbeschäftigungspolitik, in: *Leviathan* 11, S. 451–470
- Soltwedel, R., 1984: Mehr Markt am Arbeitsmarkt. Plädoyer für weniger Arbeitsmarktpolitik, München
- Steinberg, B., 1984: Deindustrialization and the Two Tier Society, Washington D.C. (Industrial Union Department AFL/CIO)
- Stephens, J. D.: *The Transition from Capitalism to Socialism*, London
- Summers, L. H., 1982: Comments on Economic Policy in the Face of Declining Productivity Growth“ by Nordhaus, *European Economic Review*, S. 163–169

- Therborn, G., 1985: Arbeitslosigkeit. Strategien und Politikansätze in den OECD-Ländern, Hamburg
- Tobin, J., 1980: Stabilization Policy. Ten Years After, Brookings Papers of Economic Activities, Jan. 1980, S. 19–90
- Thurrow, L., 1985: The Dissapearance of the Middle Class, New York Times, 5. Feb. 1984, S. 3
- United Nations, versch. Jahre: UN – Industrial Statistics, New York (UN Publications)
- Wragg, R. und J. Robertson, 1978: Post-war trends in Employment, Productivity, Output, Labour Costs and Prices by Industry in the United Kingdom, London

Anhang

Tabelle A 1: Reallöhne in der Industrie (1975 = 100)

	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982
Belgien	101	104	017	110	112	115	112
BR Deutschland	102	106	108	110	110	110	109
Dänemark	104	105	108	112	113	113	114
Finnland	101	98	97	101	102	102	k. A.
Frankreich	104	107	111	113	115	116	119
Irland	99	101	107	110	112	108	k. A.
Italien	104	111	115	118	119	124	125
Japan	103	103	105	108	108	109	111
Kanada	106	109	107	106	107	106	106
Niederlande	100	101	102	102	100	97	97
Norwegen	107	108	108	106	105	102	102
Österreich	102	105	107	109	110	110	110
Schweden	107	103	101	101	97	95	95
Schweiz	100	100	103	101	102	101	102
UK	101	96	101	103	102	103	106
USA	103	105	106	103	9	98	98

Quelle: International Labour Organization, 1984: World Labour Report, Geneva